

Poincaré's Antwort auf die englische Note.

Unbedingte Forderung der Aufgabe des passiven Widerstands. — Nur schrittweise Räumung des Ruhrgebiets. — Versuch der Verständigung mit England.

Verkürzter Auszug aus der Note.

Paris, 22. Aug. Die französische Antwortnote kommt nach einer historischen Schilderung der einzelnen Etappen der Reparationsfrage und nach Ausführungen über die Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung darauf zu sprechen, daß die Reparationskommission ausdrücklich das Recht zur Besetzung verleihe hatte. Wären politische oder militärische Absichten verfolgt worden, so würde nicht das Ruhrgebiet besetzt worden sein, sondern man wäre ins Maintal eingerückt. Die Besetzung sollte gar keinen militärischen Charakter tragen, sondern man wollte eine friedliche Zusammenarbeit der Ingenieurkommission, sowie der französischen Zoll- und Forstbeamten mit den deutschen Behörden. Die Note behandelt dann eingehend die Frage des passiven Widerstands, den die deutsche Regierung inszeniert habe. Angesichts dieses Widerstands habe Frankreich sicher Recht gehabt, zu verlangen, daß seine Einstellung jeder neuen Unterhaltung mit der deutschen Regierung vorangehe. Der Widerstand stehe nicht nur im Widerspruch zum Friedensvertrag, sondern auch zu den Interessen Deutschlands. Bei Aufhören des Widerstands würde die Ruhrbesetzung eine Aenderung erfahren, nach Maßgabe der von Deutschland geleisteten Zahlungen. Ein weiterer Abschnitt der Note behandelt die Räumungsbedingungen. Deutschland könne seine Schulden ziemlich rasch bezahlen und sei infolgedessen Herr darüber, die schrittweise Räumung zu erreichen. In diesem Punkte werde Frankreich seine Haltung unter gar keinen Umständen ändern. Nachdem Johann die Frage der Bezahlung der Reparationen und die Frage der interalliierten Schulden besprochen worden ist, wobei Frankreich an den 26 Milliarden Goldmark für sich festhält, geht die Note auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ein. Sie sucht nachzuweisen, daß der Friedensvertrag der Reparationskommission sämtliche Vollmachten erteilt hat, die der von der englischen Regierung und Deutschland vorgeschlagenen Kommission internationaler Sachverständiger verliehen werden sollen. Man brauche nicht solche internationale Finanzleute, um die Zukunft zu prophezeien und von unsicherer Grundlage zu endgültigen Schlussfolgerungen zu gelangen. Ein derartiges Verfahren würde der Sieg des von Deutschland ins Werk gesetzten Wandervers, seine Währung zu entwerten, sich so seiner gesamten inneren und äußeren Schuld zu entledigen und noch dazu eine Herabsetzung der Reparationen durchzusetzen. Dann würde es neben der Misere seiner Gläubiger in triumphierender Blüte dastehen. Frankreich wolle nicht den Zusammenbruch Deutschlands, aber der Zusammenbruch Frankreichs würde keine geringere Verwirrung hervorrufen als derjenige Deutschlands. Frankreich sei bereit, die Frage zu prüfen, wie die Erhaltung Deutschlands mit der Begleichung der Reparationen in Einklang zu bringen ist, sobald der Widerstand aufgehört hat. Hält man eine Herabsetzung der deutschen Schuld für unerlässlich, so kann sie später erfolgen in dem Gesamtumfang, in dem die interalliierten Schulden gekürzt werden. Eine Herabsetzung der deutschen Schuld zum Nachteil der Reparationen könne Frankreich nicht zugeben, auch bestes kein Grund, mit dieser Regelung ein anderes Organ als die Reparationskommission zu betrauen. Die Note betont dann die Bereitschaft zu freundschaftlichen Verhandlungen mit der englischen Regierung und den Verbündeten über alle diese Fragen, wünscht diskretere Behandlung der Verhandlungen und fordert dann zusammenfassend, daß man die Reparationskommission ihre Aufgabe erfüllen lasse, daß man sie stärke, ihr gestatte, die Lage Deutschlands zu prüfen, von Zeit zu Zeit seine Zahlungsfähigkeit abzuschätzen und die Verhältnisse nach Bedürfnis zu ändern. Frankreich verlange, daß Deutschland während des für die Wiederherstellung seiner Finanzen erforderlichen Zeitraums diejenigen Reparationen in Natura und Kapital leihe, die die Kommission als möglich erachte, wobei die Alliierten die Pfänder behalten. Frankreich sei bereit, bei einer Generalregelung der Reparationen und der interalliierten Schulden der gegenwärtigen Lage Deutschlands Rechnung zu tragen. England werde die interalliierten Schulden wohl nicht verlangen, bevor die Reparationen bezahlt seien. Bevor Frankreich zahle, müsse es seine Steuerkraft wieder erlangen, seine Zerstörungen reparieren und imstande sein, mit gleichen Waffen gegen die deutsche Konkurrenz zu kämpfen. Das Interesse Englands gehe zweifellos dahin, daß

Deutschland sich wieder erhole, aber nicht dahin, daß Frankreich geschwächt werde.

Französische Stimmen zu der Note.

Paris, 22. Aug. Seinen der Besprechung der französischen Note gewidmeten Leitartikel überschreibt der „Temps“: „Frankreich hält die Entente aufrecht“ und sagt dann u. a. folgendes: Die englische Note vom 11. August hatte sicherlich Frankreich nicht geschont. Poincaré mußte darauf antworten; aber er hat den Ton der englischen Note nicht nachahmen wollen. Deshalb hat er in zwei getrennten Dokumenten geantwortet. Der Anfang wendet sich gegen die Beweisführung Curzons und widerlegt sie nacheinander in kräftiger Weise. Der erste Teil der Note wendet sich an die englische Regierung und an das englische Volk, das der Verbündete Frankreichs gewesen ist. Dieser Teil spricht zu ihm mit dem Ernst eines Freundes, der sich nichts vorzuwerfen hat. So wünscht sich der Chef der französischen Regierung in einem Augenblick die Entente zu retten, in dem sie in Gefahr schwebt. Wenn andere diese Entente brechen wollten, so möchten sie allein die Verantwortung dafür übernehmen. Das Blatt weist dann darauf hin, daß die englische Note zwei deutliche Drohungen enthalte: eine mit der Separation und eine andere mit dem Verlangen von Frankreich, mit der Schuldentilgung zu beginnen. Frankreich sei durch die diplomatischen und finanziellen Miße, die man gegen es schleudere, durchaus nicht eingeschüchtert. Seine Antwort beweise, daß es seine Kraftblütigkeit und seine Festigkeit sich bewahrt habe. Frankreich antworte nicht mit ähnlichen Drohungen, sondern es verlange nur mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen, daß man seine Rechte achte. Daher halte die französische Note die Hauptgrundlagen aufrecht, die die französische Regierung schon bei wiederholten Gelegenheiten formuliert habe. Aber das sei nur die äußere Fassade des Gebäudes. Wenn die Gegner Frankreichs, müde der unruhigen Streitigkeiten, sich dazu entschließen würden, die Tür zu durchschreiten, die noch immer offen bleibt, dann würde das die Solidarität der Grundzüge bedeuten, von der der „Temps“ schon gestern gesprochen habe. Die deutsche Schuld sei ungefähr festgesetzt. Die Besetzung des Ruhrgebiets werde sich ändern, wenn der passive deutsche Widerstand aufgehört habe. Für die Bezahlung der Reparationen sehe Frankreich die vernünftigsten Zahlungsmodalitäten vor und es handle sich nur noch darum, zu wissen, ob England dies annehme oder nicht. Das seien die konstruktiven Gedanken, auf denen die Haltung der französischen Note beruhe. Es bleibe nur noch ein modus procedendi zu suchen, um sie ins Werk zu setzen. Auch dafür bringe Poincaré einen Vorschlag: Beweisführung der interalliierten Besprechungen unter gewissen Bedingungen und nach gewissen Methoden. Die Bedingungen seien: Kein Moratorium ohne Verpflichtungen und Pfänder, keine deutsch-französische Solidarität für die Zahlungen, die an England zu leisten sind, keine vollständige Aufgabe der Obligationen der Serie C ohne vorherige Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten, keine Bezahlung der interalliierten Schulden vor der Befriedigung der Reparationen. Die Methoden beständen zunächst darin, für die weiteren Verhandlungen keine übertriebene Öffentlichkeit, die Frankreich niemals gewünscht habe und zweitens in der Achtung der Rechte der Reparationskommission, sowie drittens in der Ueberwindung der Schwierigkeiten, indem man sich so rasch wie möglich über die Zahlung der deutschen Schuld verständige, die dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entspricht, und die Regelung der übrigen Probleme auf einen späteren Zeitraum verschiebt. Diese Anregung liege jetzt der englischen Regierung vor. Außerdem erhalte sie noch die belgische Antwort, die gleichfalls praktische Vorschläge enthalte. Man erwarte die englische Note mit Interesse. — Das „Journal des Débats“ meint, es sei verwunderlich, daß wenn man die Note bis zum Schluß gelesen habe, man finde, daß sie absolut nichts Neues enthalte. Schuld daran ist nach der Meinung des Blattes die englische Regierung, die bisher noch keinen ernstlichen Plan unterbreitet habe, dafür aber eine ganze Reihe ins Einzelne gehender Beweisführungen vorgebracht habe, die eine Widerlegung herausgefordert hätten und dieser Widerlegung scheine Poincaré seine ganze Anstrengung gewidmet zu haben.

Neueste Nachrichten.

Poincaré hat in einer 19 Seiten umfassenden Note und einem 28 Seiten umfassenden Anhang zu den 55 bzw. 12 Punkten der letzten englischen Note Stellung genommen. Mit der gewohnten raffinierten Diastetik, über die er verfügt, hat er den französischen Standpunkt sowohl hinsichtlich der Ruhrbesetzung wie bezüglich der Reparationsforderungen als berechtigt zu vertreten gesucht, und selbstverständlich alle Schuld auf Deutschland geschoben, das bis jetzt nichts bezahlt habe, und durch betrügerischen Bankrott sich der Bezahlung ganz entziehen wolle. Was die Möglichkeit einer Regelung des Ruhr- und Reparationsfrage anbelangt, so müsse unter allen Umständen der passive, nach Poincarés Ansicht aktive Widerstand im Ruhrgebiet eingestellt werden, dann werde man entsprechend den deutschen Zahlungen das Ruhrgebiet räumen. Der Grad der Zahlungsfähigkeit Deutschlands solle nicht von einer internationalen Kommission sondern von der Reparationskommission festgestellt werden und die Zahlungen jeweils dem Befund angepaßt werden. Bekanntlich ist durch letztere Handhabung der Reparationen der Ruhrkonflikt entstanden; die Unsicherheit soll also bestehen bleiben. Die Höhe der Reparationssumme soll davon abhängig gemacht werden, wie sich England und Amerika in bezug auf die französischen Schulden verhalten.

Der deutsche Reichskanzler wird, wie aus Berlin gemeldet wird, auf die französische Note in der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages antworten, hoffentlich im besonderen über Poincarés Lügen hinsichtlich der seitherigen Reparationsleistungen Deutschlands.

Kurze Verzögerung der belgischen Antwort.

Paris, 22. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Brüssel wird die belgische Note erst am Freitag oder Samstag in London eintreffen. Der Ministerrat mache gegen die Veröffentlichung des Graubuches keine Einwendungen und das Graubuch soll am Donnerstag in Druck gegeben werden. Gegenüber der Meldung eines Brüsseler Blattes, daß die belgische Regierung über die französische Note keine Ansicht ausgesprochen habe, ist der „Petit Parisien“ in der Lage, mitzuteilen, daß dies nicht richtig sei. Die französische Regierung habe Wert darauf gelegt, die belgische Regierung um Rat zu fragen. Jaspar habe dem französischen Botschafter in Brüssel erklärt, daß er keine Einwendungen zu machen habe und daß er der französischen Regierung volle Freiheit lasse, das Dokument, so wie es abgefaßt sei, in London zu überreichen.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Der stille Heldenkampf der Ruhrarbeiter.

Wie ein Engländer ihn sah.
In einer im Verlag der Labour Publishing Company erscheinenden Schrift „The Ruhr“ schildert Ben Tillet, der Führer der englischen Gewerkschaftsordnung, die kürzlich das Ruhrgebiet besuchte, seine Eindrücke über den Widerstand der deutschen Arbeiter wie folgt: „Wir fanden die Arbeiter trotz der großen Opfer fest zum Widerstand entschlossen. Diese Politik entspricht ihrer freien Ueberzeugung. Die deutschen Arbeiter wollen nicht unter fremden Bajonetten arbeiten. Sie haben diesen Kurs verfolgt aus Haß gegen den Militarismus und aus Glauben an das Recht zu politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung und der Einheit Deutschlands. Im Beginne der Besetzung erkannten die Gewerkschaften, daß die passive Resistenz die einzige Waffe zur Bekämpfung des französischen Militarismus darstellte. Oft hat man uns gesagt, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes niemals mehr Militarismus erdulden würden und die Arbeiter bei Krupp sind sogar so antimilitaristisch, daß sie, wie man uns erklärte, ablehnten, Geschenke für südamerikanische Staaten herzustellen. Aber in der britischen Zone fanden wir viele strenge Beobachter, die uns die Befürchtung äußerten, daß die französische Politik den militaristischen Geist und das Verlangen nach Revanche unter den Deutschen wieder belebe. Ein hoher britischer Beamter sagte zu uns: „Vor achtzehn Monaten herrschte unter dem deutschen Volke Wille zum Frieden . . . jetzt greift eine Wanklung um sich . . .“ Ein anderer beklagte sich darüber, daß eine der Absichten der verbündeten Besetzung im Rheinland, die Sicherung des europäischen Friedens, durch die französische

Politik verwickelt worden sei und daß französischer Militarismus und Autokratie den alten Geist unter dem deutschen Volke wieder geweckt habe."

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Gelsenkirchen, 21. Aug. In Kottbusen haben die Franzosen die Besitzer von Kartoffelland am Ausgraben der Kartoffeln verhindert, mit der Begründung, daß die Kartoffeln beschlagnahmt seien. Es herrscht darüber in der Bevölkerung große Erregung.

Paris, 22. Aug. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat General Degoutte einen Erlaß herausgegeben, durch den in allen Gruben, die bisher keine Kohlensteuer bezahlt oder keine Lieferungen geleistet haben, Koks und seine Nebenprodukte zugunsten der alliierten Mächte gesperrt werden. Jeder Eingriff in die so gesperrten Bestände werde mit einer Geldstrafe in doppelter Höhe des Wertes des gewonnenen Koks oder mit Gefängnis bis zu fünf Jahren geahndet. — In Gelsenkirchen wird eine sehr scharfe Kontrolle des Auto- und Fuhrwerksverkehrs ausgeübt. Diejenigen, welche ohne besonderen Erlaubnischein für Lebensmitteltransporte Lebensmittel mit sich führen, sehen sich der Fortnahme ihres Wagens aus. So wurde das Auto einer Gelsenkirchener Lebensmittelhandlung beschlagnahmt. Die Ware wurde in einem von den Franzosen eingerichteten Verkaufsort feilgeboten. Die Tageszeitungen wurden gezwungen, eine Anzeige zu veröffentlichen, nach der das 124. Infanterieregiment ein Konsumgeschäft für die Bevölkerung von Gelsenkirchen eröffnet. Der Verkauf von lebenswichtigen Waren findet bei niedrigeren Preisen als in den deutschen Geschäften statt.

Mord aus Uebermut.

Grz. Duisburg, 21. Aug. Am Abend des 11. Juli wurde der ledige Arbeiter Johannes Leopold, wohnhaft Hochfeldstraße 110, geboren am 20. August 1890, in seiner Wohnung durch einen von einem belgischen Soldaten abgegebenen Schuß in den Hals schwer verletzt. Er starb am folgenden Morgen. L. bewohnte ein nach hinten gelegenes Zimmer. Er stand zu der Zeit etwa 1 1/2 Meter vom offenen Fenster entfernt an einem Tisch und bereitete dort sein Abendessen. Möglicherweise fiel ein Schuß, der den Leopold in den Hals traf. — Zeugen des Vorfalles haben beobachtet, daß zur Zeit der Tat acht belgische Soldaten sich an einem etwa 100 Meter hinter dem Hause befindlichen Haus aufstellten, daß einer der Soldaten sich auf dort lagernde Kanalaröhren stellte und der neben ihm stehende Soldat sein Gewehr in Anschlag brachte; letzterer gab einen Schuß ab und traf offenbar den Leopold. Dieser Uebergriff der Besatzungsangehörigen ist durch nichts begründet. In Duisburg besteht zwar anlässlich einer in der Nacht zum 30. Juni 1923 in der Nähe der Hochfelder Eisenbahnbrücke auf der Bahnstrecke Hochfeld—Uerdingen erfolgten Sprengung auf Anordnung der Besatzungsbehörde von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr eine mit äußerster Schärfe durchgeführte Sperre des Straßenverkehrs. Eine Schließung der Fenster ist jedoch nicht angeordnet, wenn auch manche Nachtpatrouillen sie eigenmächtig verlangt haben, soweit die Fenster zur Straße hinauslagen. Jedemfalls kamen in dieser Hinsicht nach einem Hofe zu gelegene Fenster wie im vorliegenden Falle niemals in Betracht.

„Ein schreiender Justizskandal“.

Grz. Bern. Die „Neue Berner Zeitung“ schreibt zu der Bestätigung des Krupp-Urteils durch den Pariser Kassationshof, man brauche nicht Jurist zu sein, um den Fall Krupp als bittere Schande zu empfinden, der Europa und der Welt angetan wird. Tiefer als die Vertreibung von weit mehr als hunderttausend wehrloser Menschen von Haus und Hof mitten im Frieden, tiefer als alles Traurige, das seit dem 11. Januar an der Ruhr vorgefallen ist, muß die Schändung elementarster Grundsätze des Rechts das innerste Empfinden verletzen. Zwar hat der französische Kassationshof noch weniger als die Kriegsgerichte Berechtigung, über deutsche Bürger Recht zu sprechen, aber wenn die französische Gerichtsbarkeit schon ihren Wert im Falle Krupp dargun wollte, so mußte es gründlich geschehen. Nun hat das Oberste Gericht Recht gesprochen, wo kein Recht zu sprechen ist und das Urteil erscheint als ein schreiender Justizskandal.

Ausland.

Italienisch-tyrolische Besprechungen.

Rom, 22. Aug. Wie die „Tribune“ meldet, wird Ministerpräsident Benesch am 24. September nach Rom reisen und am 28. September eine Unterredung mit Mussolini haben. Obgleich ein Programm für die Besprechungen nicht festgesetzt ist, würden die Beratungen die ungarische Frage, sowie die Probleme des nahen Ostens zum Gegenstand haben.

„Tirol“ verboten.

D.A.I. Das Unglaubliche ist Tatsache geworden: Eine Verordnung des Präfekten der Provinz Trient führt aus, was Senator Tolomei in seiner jüngsten Rede forderte. Unter dem 7. August wurde verordnet (und die Verordnung soll 15 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten), daß der Name „Tirol“ nicht mehr gebraucht werden darf, weder als Landesbezeichnung noch als Firma, noch auf Zeitungen oder Druckschriften usw. Weder Südtirol noch Deutsch-Südtirol bleibt gestattet. Erlaubt bleiben nur die amtliche Bezeichnung Provincia di Trento oder die regionale Bezeichnung Venezia Tridentina und als subregionale Bezeichnungen Alto Adige für den nördlichen Teil und Trentino für den südlichen Teil der Provinz, in deutscher Sprache also auch „Oberitalien“ oder für Altesino auch „Eisländer“; diese beiden letzten deutschen Ausdrücke aber nur „provisorisch und vorläufig“. „Druckfächer, Manifeste, Zeitungen, Anschriften, Kundmachungen, illustrierte Karten usw., auf denen sich verbotene Bezeichnungen befinden, werden von den Funktionären und Agenten der Gerichtspolizei beschlagnahmt.“ Gleich-

zeitig ist der Bozener Zeitung „Der Tiroler“ eine entsprechende Verfügung zugegangen, die sie zur Namensänderung auffordert. Was hier Tirolen, das doch dem Völkerverband angehört und über den Minoritätenrecht zu wachen hätte, wagt, hat noch kein Land einer Minderheit zu bieten gewagt: Jede Erinnerung an eine Jahrhunderte alte Geschichte zu tilgen, den geachteten alten Namen eines alten deutschen Volksstammes einfach auszulöschen. Die Tiroler werden sich dem Zwang fügen müssen — aber sie werden gute Tiroler bleiben, jetzt und allezeit!

Bermischtes.

Das Zeitungsweesen im Elsaß.

Grz. Straßburg, 22. Aug. Nach einer Zusammenstellung des Pariser „Journal des Debats“ gab es in Elsaß vor dem Kriege drei französischsprachige Blätter mit insgesamt 10 000 Abonnenten. Heute beträgt die Zahl solcher Blätter sechs, die zusammen 20 000 Abonnenten haben. Ihnen stehen die deutschsprachigen Blätter gegenüber mit einer die Zahl 200 000 übersteigenden Auflage. — Abbe Wetterlé hat sein Blatt „Le nouveau Rhin français“ eingehen lassen. Als Grund gibt er an, daß die Leitung einer Tageszeitung ihn zu sehr in seiner übrigen Tätigkeit beeinträchtigt. Der wahre Grund dürfte aber der sein, daß für seine politische Einstellung die elsässische Bevölkerung zu — neutral ist und auf seine Franzosenliebe gerne verzichtet.

Das Scheidungsparadies Frankreich.

Eine Reform der Scheidungsgesetze wird in Frankreich angestrebt. Wie der Rechtsgelehrte Paul Cuche nach dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ auf dem Kongress für Sozialwissenschaft in Neuenobles ausführt, kann man nirgends leichter geschieden werden als bei den Franzosen. Die Scheidungen sind in Frankreich von 16 000 im Jahre 1913 auf 82 657 im Jahre 1921 gestiegen. Es genügt nach der französischen Gesetzgebung, wenn von einem der beiden Ehegatten nachgewiesen wird, daß ihm ein „schweres Unrecht“ zugefügt worden sei, und dieses Unrecht wird von der Rechtsprechung sehr leicht genommen. Daher ist die Scheidung außerordentlich zahlreich geworden. So wurden von 70 656 Ehen, die in den ersten drei Monaten dieses Jahres in Frankreich geschlossen wurden, 5 666 geschieden, also von je zwölf immer eine. Diese Erleichterung der Scheidung machen sich viele Fremde zunutze, besonders Amerikaner, die genau wissen, daß sich immer ein französischer Gerichtshof findet, der sie von ihrem Ehejoch befreit. Die französische Rechtsprechung vertritt nämlich die Ansicht, daß sie jede Ehe scheiden kann, wenn einer der Eheleute sich längere Zeit im Lande aufhält. Am meisten profitieren davon die Rechtsanwälte, die eine richtige Scheidungsindustrie ins Leben gerufen haben.

Deutschland.

Gedanken zur Währungsreform.

W.W. Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner Programmrede am 14. August als eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben die Schaffung einer wertbeständigen Währung bezeichnet. Er hat weiter die jetzt beschlossenen Finanzgesetze und ihre Durchführung die „beste außenpolitische Aktivität“ genannt. Er hätte noch hinzusetzen können, daß auch zur Durchführung der deutschen Währungsreform die Schaffung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben des Reiches eine der wichtigsten Voraussetzungen sei. Jedenfalls müssen die neuen Finanzgesetze erst durchgeführt sein und ihre Wirkung geäußert haben, ehe die Reform unserer Währung mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden kann.

Das nächste Ergebnis der Steuergesetze und der Reichsgoldanleihe soll die Verminderung des Papiergeldumschlages sein. In Wirklichkeit hat aber die Papiergeldvermehrung noch zu keiner Zeit so ungeheuer zugenommen wie gerade in den nächsten Tagen nach Verabschiedung der neuen Gesetze. Am 17. August hat in Berlin eine Reichsratsitzung stattgefunden, auf der Reichsbankpräsident Havenstein über die Geldnot und ihre Beseitigung sprach. In der vergangenen Woche sind täglich 20 Billionen Mark neues Geld in den Verkehr gebracht worden. In der laufenden Woche wird die tägliche Geldvermehrung 46 Billionen, das sind mehr als zwei Drittel des im letzten Reichsbankbericht (vom 7. 8.) ausgewiesenen Gesamtgeldumschlages. Wenn derartig diese Geldschieine neu in den Verkehr hineingepumpt werden, muß die Geldknappheit bald ihr Ende erreichen. Dann soll durch die wertbeständige Reichsanleihe ein großer Teil des umlaufenden Papiergeldes wieder in die Reichskasse zurückfließen. Da dieser Rückfluß freiwillig erfolgen wird, werden sich die Geldschwierigkeiten, welche in der ersten Augusthälfte geherrscht haben, wohl nicht mehr wiederholen. Allerdings hat Frankreich genau wie bei der Dollarschikanleihe im März ds. Js. bei der Reparationskommission den Antrag gestellt, die wertbeständige deutsche Anleihe für vertragswidrig zu erklären. Hoffentlich fällt das sparendes deutsche Publikum nicht abermals auf diesen französischen Sabotageversuch herein.

Der Reichsbankpräsident hat am letzten Freitag erklärt, die Reichsbank gebe nur die wirtschaftlich unbedingt gebotenen Kredite, und zwar in der Regel wertbeständig, sodas ein Spekulieren der Wirtschaft in Papiermark auf Kosten der Gesamtheit damit künftig ausgeschlossen werde. Für die Währungspolitik des Reiches soll der Goldbestand der Reichsbank nicht mehr herangezogen werden. Das Zutrauen zu unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zukunft, das durch die neuen Finanzgesetze belebt werden soll, ist unter allen Umständen eine bessere Stütze für unsere Währung als noch so große Mengen auf den Geldmarkt geworfenes Edelmetall. Wenn in den nächsten Wochen und Monaten die wertbeständige deutsche Währung noch nicht Tatsache wird, so darf das im Publikum nicht wieder als ein „Bankrott der Stresemann'schen Währungspolitik“ angesprochen werden; das Gebäude der neuen deutschen Währung wird umso fester stehen, je solider und tragfähiger die Grundmauern sind, an denen die Reichsregierung in der nächsten Zeit arbeiten wird.

Besprechungen der Reichsregierung mit den Wirtschaftskreisen.

Die Frage der fortlaufenden Beschaffung von Devisen.

Berlin, 22. Aug. Laut „Vossischer Zeitung“ fanden heute vormittag im Reichsfinanzministerium Besprechungen des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft über das in der Kabinettsitzung vom Montag aufgestellte Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung statt. Die Besprechungen, die dem Zwecke dienten, die Wirtschaftskreise zur freiwilligen Hergabe eines Teiles ihres Devisenbestandes für den von der Reichsbank geplanten Devisenfond zu veranlassen, haben, wie die „Zeit“ hört, einen befriedigenden Verlauf genommen. Nach der „Vossischen Zeitung“ handelt es sich nicht um die Schaffung eines einmaligen Devisenfonds, sondern darum, einen stetigen, neuen Zufluß von Devisen zu erhalten, mit denen die unumgänglich notwendigen Einkäufe im Ausland, vor allem von Kohlen und Lebensmitteln, bestritten werden können. Dieser Zufluß von Devisen wird jedoch nur möglich sein bei einer mit allen Mitteln, vor allem durch Produktionssteigerung geförderter Steigerung der Ausfuhr. Es wurde auch die Frage erwogen, ob sich die Ausfuhrabgabe in ihrer derzeitigen Form werde aufrecht erhalten lassen, da die Preise in Deutschland vielfach den Weltmarktpreis überschritten haben. Hand in Hand mit der Steigerung der Ausgaben werde die Drosselung der Einfuhr gehen müssen. Parlamentarische Kreise sind der Auffassung, daß von den geplanten Maßnahmen eine unmittelbare günstige Wirkung erwartet werden könne.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reichs.

Berlin, 22. Aug. Von zuständiger Seite erfahren wir, daß die Zeichnungen auf die Anleihe befriedigenderweise einlaufen. Namentlich in den letzten Tagen ist das Ergebnis als besonders günstig zu bezeichnen.

Die Frage der Verbilligung des Kohlenpreises.

Berlin, 22. Aug. Gestern nachmittag fand die angekündigte Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichswirtschaftsministeriums statt, die sich mit der Frage der Kohlenpreisfestsetzung befaßte. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die die Angelegenheit weiter beraten soll. Laut „Vossischer Zeitung“ hofft man, eine Milderung der Zahlungsbedingungen einführen zu können, die es ermöglicht, in Zukunft bei der Preisbemessung der Kohle den Entwertungsfaktor fortzufallen zu lassen und so verbilligend auf den Kohlenpreis einzuwirken.

Zur Abstimmung in der Volkspartei

über die Regierung Stresemann.

Berlin, 21. Aug. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die deutschnationale Presse weist darauf hin, daß bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Stresemann 20 Mitglieder der Fraktion der Abstimmung ferngeblieben sind und schließt daraus auf eine starke Opposition in der Fraktion der Deutschen Volkspartei gegen die große Koalition unter der Führung Stresemanns. Die Nationalliberale Korrespondenz, der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, bemerkt dazu folgendes: Die Zahl der fehlenden Abgeordneten ist dadurch errechnet worden, daß auch alle Abgeordneten der Deutschen Volkspartei gezählt wurden, die wegen der bekannten Schwierigkeiten im besetzten Gebiete, aus Krankheit oder aus sonstigen Gründen an der Tagung des Reichstages überhaupt nicht teilgenommen haben. Für die übrigen Mitglieder der Deutschen Volkspartei, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, gilt das, was bereits in der Nationalliberalen Korrespondenz vom 17. August parteioffiziell festgestellt worden ist, nämlich daß ihr Fernbleiben von der Abstimmung nicht als Protest gegen die Neubildung der Regierung auf der Grundlage der großen Koalition unter der Kanzlerschaft Stresemanns aufgefaßt werden darf. Vielmehr war Dr. Stresemann dazu durch einen einstimmig gefaßten Beschluß der Fraktion ermächtigt worden. Diejenigen Mitglieder der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die der Abstimmung ferngeblieben sind, wollten dadurch lediglich zum Ausdruck bringen, daß sie nicht mit der Besetzung des Kabinetts in allen Einzelheiten einverstanden sind. Es trifft auch nicht zu, daß sich alle Landwirte der Fraktion der Stimmgabe enthalten haben.

Die bayerischen Zeitungsverleger

zu dem neuen Lohnvertrag.

München, 22. Aug. In der Sitzung des Vorstands des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger wurde nachstehende Entschlieung gefaßt: Infolge der ungerechtfertigten, das tarifliche Vorkriegseinkommen weit übersteigenden Löhne sehen sich die bayerischen Zeitungsverleger außerstande, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. Es muß deshalb zur Stilllegung der Betriebe geschritten werden. Nach dem Wortlaut der Demobilisierungsverordnung muß zunächst die Kurzarbeit eingeführt werden, damit die Kündigung des Gesamtpersonals ausgesprochen werden kann. Bei der Eigenart der Zeitungsbetriebe ist Kurzarbeit jedoch nicht durchführbar. Aber selbst, wenn dies der Fall wäre, wären die Zeitungsverleger außerstande, auch nur für die Dauer der Kündigungsfrist diese horrenden Löhne zu bezahlen. Die Zeitungsverleger sehen sich also durch die ihnen aufgezwungenen Verhältnisse genötigt, ihre Betriebe unter diesen Umständen schon in den nächsten Tagen stillzulegen. Sie sind sich dabei wohl bewußt, daß die Stilllegung von unabsehbaren Folgen sein wird und bitten deshalb die Regierung, mit der Presse und dem graphischen Gewerbe zusammen über den Weg zu beraten, der über die kritische Lage hinwegzuhelfen geeignet ist.

Nachdenkliche Betrachtungen.

Unsere Arbeit.

„Unbedingte Tätigkeit, von welcher Art sie sei, macht zuletzt bankrott,“ sagt Goethe. Manche betriebame Leute tun, als mühten sie bankrott zu werden, wenn sie sich am Sonntag nicht ebenso ins Geschäft stürzen wie an Wochentagen. Sie ahnen den inneren Bankrott nicht, den sie gerade durch ihre Raftlosigkeit heraufbeschwören. Wilhelm Bithorn.

Richtige Arbeit erkennt man daran, daß sie nützlich ist. Was tut es, daß sie hart ist, wenn sie nur zu etwas führt. Aber wenn sie hart ist und zu nichts führt, wenn das Werk der Bienen zu dem der Spinnen wird, und wenn statt Honigs nur ein SpinnengeWEBE herauskommt, das vom ersten besten Wind fortgeblasen wird — dann ist's eine grauenhafte Sache für den Arbeiter. Darum müssen wir uns fragen — persönlich und natürlich — ob es zu etwas führt oder nicht.

Der kennt den Ernst der Arbeit, der im stillen, an schweren Werken seine Kräfte maß.
Der kennt der Arbeit Glück, der um der Arbeit willen den Lohn der Arbeit ganz vergaß. Fr. Schanz.

Wille.

Der gute Wille ist das Kostbarste in dem Menschen; er gibt allem übrigen Adel und Wert, und darin besteht der ganze Mensch. Fenelon.

Der Mensch lebt nur, wenn er handelt, weil der Wille seine Grundkraft ist oder eigentlich er selbst. Lagarde.

Wer will, der kann,
wärs brechen, wärs biegen,
wer will, wird siegen!
Nur nicht bequem werden,
nur nicht erliegen! C. Flaischlen.

Schweigen.

Was die Seele um ihre Heimat betrügt, ist der Kleinmut, die Oberflächlichkeit, die Trägheit, die Ungebuld, und vor allem das Geschwätz. Karl Hesselbacher.

Aus heiligen Quellen schöpft man schweigend. Nur dem lautlos und ergriffen sich Neigenden heiligen sie sich; dem lauten Schwächer sind sie nur Wasser. Emil Göt.

Das Schweigen ist auch eine Sprache und eine höchst vollkommene, fein und reich gegliederte. Das merkt man am besten, wenn man mit Leuten zusammenkommt, mit denen man sich gründlich und über die heikelsten Dinge auszusprechen hätte, aber in stiller Uebereinkunft es nicht tut. Emil Göt.

Lebenswunder.

Die Bäume hogen sich und die Nester ächzten, die Wolkenwand stieg auf und göttergroß jagten die schwarzen Wetter am Himmel. Die Wasser prasselten nieder und schlugen den unheiligen Staub von den Bäumen und die Menschen von den Wegen. Und ich sah in die blühenden Augen des Gottes und atmete tief in seinem wehenden Atem. Ludwig Reeg.

Gott hat immer Wunder getan, er hat immer Dinge herorgebracht, vor denen wir staunend stillstehen müssen. Man schämt sich, zu sagen, es gebe Wunder. Aber von Anfang an hat es Wunder Gottes gegeben, und diese Wunder sind lauter Lebenswunder. Gott erscheint, wo er erscheint, in immer neuem Leben. So oft die Sonne scheint nach dem Regen, so oft es Frühling wird nach dem Winter, leuchteten die Schöpfungstaten Gottes, an denen der Mensch sich erlaben darf. Chr. Blumhardt.

Himmel, Erde, Luft und Meer
zeugen von des Schöpfers Ehr;
meine Seele, singe du,
bring auch jetzt dein Lob herzu!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. August 1923.

Der Meißbetrag für Poststempel.

Mit Wirkung vom 24. August wird der Meißbetrag für Poststempel von 50 000 000 M. auf 500 000 000 M. und der Meißbetrag für telegrafische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen von 10 000 000 Mark auf 100 000 000 Mark erhöht.

Vom kriminalpolizeilichen Erkennungsdienst und Aufklärungsdienst.

Das Stuttgarter Polizeipräsidium hatte vor einiger Zeit die Vertreter der Presse zu einer eingehenden Führung durch seine kriminalpolizeilichen Einrichtungen und Sammlungen geladen. Der Einblick in den vielseitig verzweigten, mit allen Mitteln moderner Technik arbeitenden kriminalpolizeilichen Dienst war im gegenwärtigen Augenblick umso interessanter, als durch die Neuorganisation des Polizeiwesens eine neue Grundlage für den Ausbau, insonderheit auch der dem Erkennungsdienst dienenden Einrichtungen erreicht ist, ein Ausbau, nach dem Stuttgart mit zu den führenden Orten Deutschlands in kriminalpolizeilicher Hinsicht gehört. Aber gerade auch für diese Seite der Polizeitätigkeit macht sich sehr störend bemerkbar, daß mit der organisatorischen Vereinheitlichung die räumliche Zusammenlegung auch nicht annähernd Schritt halten konnte. Ist doch die Tätigkeit des Erkennungsdienstes ein Zweig des Polizeiwesens, der seinem Wesen nach schon von jeher über die örtlichen Grenzen hinaus zur umfassenden Vereinheitlichung drängte. So ging denn auch Polizeipräsident Klai-

Ämtliche Bekanntmachung.

Ämtskörperschaftsumlage für 1922.

Der Bedarf der Ämtskörperschaft zur Deckung ihrer voranschlagsmäßigen Ausgaben beläuft sich im Rechnungsjahr 1. April 1922/23 auf 29 Millionen Mark.

Dieser Betrag ist in Gemäßheit des Art. 14 des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz vom 24. Dezember 1920 und Art. IV der dritten Änderung dieses Gesetzes vom 22. August 1922 auf sämtliche Gemeinden des Bezirks umzulegen.

Auf 1 Mark des der Gemeindeumlage zu Grunde zu legenden Grund-, Gefälls-, Gebäude- und Gewerbesteuerbetrags von 1922 entfallen 53,92 Pfg. Ämtskörperschaftsumlage und auf 1 Mark des örtlichen Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 1921 1 Mark 49,4 Pfg. Ämtskörperschaftsumlage.

Es trifft somit die Gemeinden

| Gemeinde | Ämts-körper-schafts-umlage | Gemeinde | Ämts-körper-schafts-umlage |
|--------------|----------------------------|------------------|----------------------------|
| | M | | M |
| Calw | 13 576 000 | Uebertrag | 21 501 000 |
| Algenbach | 241 000 | Neubulach | 215 100 |
| Nischthalen | 193 400 | Neuhengstett | 151 800 |
| Altbulach | 245 900 | Neuweiler | 281 000 |
| Altburg | 549 900 | Oberhaugstett | 179 900 |
| Althengstett | 708 300 | Oberkollbach | 143 200 |
| Alzenberg | 207 500 | Oberkollwangen | 275 900 |
| Bergorte | 551 300 | Oberreichenbach | 275 900 |
| Breitenberg | 203 800 | Oftersheim | 438 100 |
| Dachtel | 240 700 | Ottenbronn | 204 000 |
| Deckenpfronn | 624 500 | Rötenbach | 191 300 |
| Emberg | 239 700 | Schmieh | 237 700 |
| Gehlingen | 726 800 | Simmolzheim | 517 300 |
| Hirzau | 1 083 300 | Sonnenhardt | 347 700 |
| Holzbronn | 257 400 | Stammheim | 1 772 400 |
| Hornberg | 140 500 | Teinach | 335 000 |
| Liebelsberg | 209 100 | Unterhaugstett | 174 500 |
| Liebenzell | 839 900 | Unterreichenbach | 1 014 600 |
| Marxinsmoos | 184 100 | Wälzbach | 491 300 |
| Monakam | 162 700 | Zavelstein | 82 500 |
| Mödingen | 315 200 | Zwerenberg | 169 800 |
| | 21 501 000 | | 29 000 000 |

Calw, den 21. August 1923.

Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

ber in seinen einleitenden Ausführungen von der neugeschaffenen Organisation des Polizeipräsidiums aus, das bekanntlich drei verschiedene Behörden, das Landespolizeiamt, die städt. Polizeidirektion und die Stadtdirektion in sich aufgenommen hat und, trotzdem es die ganze bisher von diesen Stellen geleistete Arbeit weiter zu führen hat, räumlich zurzeit um zehn Räume verkürzt ist gegenüber dem vorherigen Bestand. In diesem in der örtlichen Unterbringung noch gänzlich zersplitterten Gesamtorganismus spielt sich nun die Doppeltätigkeit des Polizeipräsidiums als Ortspolizeibehörde und als Landeskriminalpolizeiamt ab.

Die Entwicklung des Erkennungsdienstes mit dem seit 1907 bei uns eingeführten Fingerabdruckverfahren gab einen mächtigen Anstoß zur Modernisierung der Kriminalorganisation. Präsident Klaiiber gedachte dabei vor allem des bedeutenden Kriminalisten Dr. H a r t e r, der kurz vor dem Kriege nach Stuttgart berufen war, um die vorbildlichen Münchner Einrichtungen hierher zu übertragen, dann aber nach zweimonatiger Tätigkeit in den Krieg zog und bei Wyttschaete gefallen ist. Seit dem Tode Bertillons, dessen Körpermehrfachverfahren seine großen Vorzüge hatte, aber doch an seiner großen Unständlichkeit und Schwerfälligkeit krankte, ist das Fingerabdruckverfahren überall, auch in den romanischen Ländern siegreich durchgedrungen. Die Weiterentwicklung des Stuttgarter Erkennungsdienstes, die freilich während und nach dem Kriege zu einem langsamen Tempo gezwungen war, lag hauptsächlich in den Händen von Polizeirat W a i z e n e g g e r, der neben Oberregierungsrat L a u e r auch die Führung der Pressevertreter in liebenswürdiger Weise übernahm.

Besonderes Interesse beanspruchte natürlich das Fingerabdruckverfahren. Es beruht darauf, daß die Papillarlinien in den Fingerspitzen bestimmte Figuren bilden, daß jeder Mensch in den Fingerspitzen nur ihm allein eigentümliche Linien hat, daß die Form der Papillarlinien beim einzelnen Menschen während des ganzen Lebens gleich bleibt, und daß sie, wenn sie durch irgend ein Mittel zufällig oder absichtlich zerstört würden, in der gleichen Form wie früher wieder nachwachsen. Die Finger werden sämtlich auf eine mit Drückerchwärze überzogene Platte gelegt und dann leicht auf ein Blatt Papier abgedrückt. Diese Fingerabdruckblätter werden nun in einer Sammlung geordnet und zwar zur Ermöglichung späterer Identifizierung nicht alphabetisch nach den Namen der Personen, sondern nach einer Zahlen- und Buchstabenformel, die auf den charakteristischen Merkmalen des Fingerabdrucks beruht. Auch eine Personenkartei ist angelegt als Indexkartei, bei der die sämtlichen Kennzeichen, auch der Fingerabdruck, der kriminalpolizeilich bekannten Personen vermerkt sind. Weiter wurden gezeigt die Steckbriefsammlung, die Wertschäferkartei, in der gestohlene Uhren, Fahrräder, Wertpapiere und sonstige Gegenstände nach etwa bekannten Nummern und anderen Kennzeichen aufgeführt sind, dann die Kennzeichenkartei, in der hauptsächlich die in der Ver-

brecherwelt beliebten Tätowierungen eine große Rolle spielen, dann das eigentliche Verbrechenalbum, die Lichtbildersammlung der Gewerbs- und Gewohnheitsverbrecher, geordnet nach Verbrechenart, Körpergröße und Lebensalter, die Spitznamenkartei, die einen besonders tiefen Blick in die Psychologie der Verbrecherwelt tun läßt, endlich die Straftatenkartei (Spezialistenkartei) und die Personenaktenregisterkartei.

In der kriminaltechnischen Anstalt in der Bebenhäuserstraße wurde das Gesehene ergänzt durch den Einblick in die Einzelfingerabdrucksammlung, die speziell für Gewohnheitsverbrecher angelegt ist, um etwa am Tatort vorgefundene Fingerabdrücke rascher identifizieren zu können. Hauptsächlich aber waren hier die ausgedehnten und entwickelten Einrichtungen für den photographischen Dienst zu sehen, vorzüglich eingerichtete Dunkelkammern, Aufnahmeapparate mit Neigungswinkel für Boden- und Deckenaufnahmen, starke Scheinwerfer bis zu 80 000 Kerzenstärke für Nachtaufnahmen, mikroskopische Aufnahmen, Albums mit mehrteiligen Tatortaufnahmen (so z. B. vom Erzbergermord), Farbfilter, die dazu dienen, sich schlecht abhebende Schriften oder Farbspuren (Blutspuren, Poststempel) deutlich sichtbar zu machen. Ferner wurde gezeigt ein besonders zusammengestellter Koffer, der auf kleinstem Raum alle zur Verfolgung eines Mordfalls erforderlichen Utensilien enthält, ferner ein ähnlicher Behälter mit Toilettengerätschaften, die zur Kenntlichmachung von Wasserleichen dienen: Ein Kapitel für sich ist dann noch die Aufdeckung von Geheimschriften. Unsichtbare Schriften, wie Zwiebelkristall, Milchschicht, Wasserstrich usw. und die Mittel ihrer Sichtbarmachung wurden vorgeführt. Dabei wurde betont, daß es Grundsatz des Polizeipräsidiums ist, nicht auf Spezialgebieten zu dilettieren, sondern gegebenenfalls Fachleute heranzuziehen, also dem Chemiker zu geben, was des Chemikers ist, usw. Den Beschluß bildete die Vorführung von Lichtbildaufnahmen, wobei u. a. die verschiedenen Typen von Papillarstrukturen an Fingerabdrücken, ferner Tatortaufnahmen und auch eine Anzahl Versuche von Farbphotographien besonderes Interesse erweckten.

Daß bei all diesen kriminalpolizeilichen Hilfsmitteln immer gleich praktische Fälle angeführt oder erwähnt werden konnten, in denen sie zur Aufklärung schwerer Straftaten geführt haben, erhöhte den Eindruck, daß die Kriminalpolizei in ihrem Kampf gegen das Verbrechertum durchaus zeitgemäß gerüstet ist. Dabei bleibe aber zum Schluß nicht unerwähnt, daß gerade das Fingerabdruckverfahren über seine kriminalistische Bedeutung hinaus als Identifizierungsmittel hervorragende Bedeutung und eine große Zukunft hat. Es wurde da ein Fall erwähnt, in dem die Leiche eines in der Fremde Verstorbenen nur dadurch noch rechtzeitig seinen Angehörigen zugeführt werden konnte, daß zufällig ein Fingerabdruckblatt von ihm vorhanden war. Es gilt auch in Deutschland, was anderswo in gewissem Maße schon geschehen ist, in der Öffentlichkeit dem neuen Erkennungsverfahren das Odium des rein Kriminalen zu nehmen.

Wetter für Freitag und Samstag.

Die Störungen dauern an. Am Freitag und Samstag ist weiterhin unbeständiges, abgekühltes, zeitweise regnerisches Wetter zu erwarten.

Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Sicherung der Ernährung.

(D.G.B.) Stuttgart, 22. Aug. Der D.G.B. hat an den Ernährungsminister eine Eingabe des Inhalts gerichtet, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen an Stelle der gebundenen Wirtschaft in der Brotversorgung innerhalb gewisser Grenzen noch einmal eine planmäßige, staatlich geordnete Versorgung ohne Preisfestsetzung und Zwangsablieferung eintreten soll. Es heißt darin: „Durch das Brotversorgungsgesetz ist für einen ungrenzten Personenkreis eine Brotverbilligung von etwa 40 v. H. vorgesehen. Zu überlegen wäre, ob nicht diesem Personenkreis auch ein gewisser Fettbedarf, etwa ein Pfund pro Person und Woche, gesichert und verbilligt werden könnte. Es könnte mit Anweisungen auf die Ware gearbeitet werden. Die Beschaffung wäre Aufgabe der Gemeinden, die Kreditbeschaffung die des Reiches. Die Aufbringung der Mittel könnte wie bei der Brotverbilligung erfolgen. Es erscheint möglich, daß mit Hilfe des bisherigen Brotkartenystems ein Anspruch auf eine bestimmte Mindestmenge von Fett gegeben werden könnte. Die Brotarten müßten nach dem 15. September den Bezug von 1 Pfund Fett oder Margarine pro Woche zum jeweiligen Marktpreis gewährleisten. Es käme also hier eine Verbilligung nicht in Frage, lediglich die Sicherstellung des Mindestquantums.“

Bad Liebenzell, 22. Aug. Einen würdigen Abschluß außerordentlichen Veranstaltungen dieses Sommers in städt. Kurpaal bildete das Konzert, welches gestern Abend stattfand. Zwei Sängerinnen und ein Streichquartett hatten sich zusammengefunden, um einen recht abwechslungsreichen Abend zu bieten. Die beiden Sängerinnen — aus der Schule Rückbeil-Hiller, Stuttgart-Cannstatt hervorgegangen — zeigten in Liedern von R. Franz, R. Strauß, J. Brahms u. a. eine treffliche Schulung und guten Vortrag. Frä. Gert Kieker hat eine auch in der Höhe schöne und volle Stimme, welche besonders bei den Liedern von Strauß sehr gut zur Geltung kam. Wenn der Ton da und dort noch etwas ruhiger geführt wird, dürfte die klangliche Wirkung eine noch bessere werden. Dolly K a u f f m a n n überraschte mit einem sehr individuellen Organ, welches besonders in tieferen Lagen recht weich ansprach; bei den Brahms-Liedern sah sich die Sängerin durch reichlichen Beifall zu einer Dreingabe genötigt. Beide Sängerinnen vereinigten sich am Schluß zu

einigen Duetten, welche ebenfalls herzlichen Beifall fanden. Allein eine vorsichtiger Abstufung in Bezug auf Stärke wäre noch wünschenswert gewesen. Blumenpenden befundeten noch besondere Auszeichnung. Das Streichquartett (Herren Klais, Stoll, Schick, Fränkle-Stuttg.-Cannstatt) mußte wegen Erkrankung des zweiten Geigers sich auf Trios beschränken; doch war man auch mit diesen Darbietungen sehr zufrieden. In einem Andante mit Variationen von M. Reger und einem Adagio und Menuett von Mozart zeigten die Künstler treffliches Zusammenspiel und gute Wiedergabe. Am besten gefiel Mozart. In dem Reger war die 1. Violine teilweise zu sehr zurückhaltend gegenüber den anderen Instrumenten. Die Darbietungen des Trios wurden ebenfalls mit reichlichem, verdientem Beifall belohnt. Am Flügel saß Herr Ernst Kauffmann-Calw und begleitete die verschiedenen Gesänge mit vornehmer Ruhe und tadellos anpassungsfähigem Spiel. Der Besuch des Konzerts war auch ein recht guter, so daß der Abend als durchaus gelungen bezeichnet werden darf. Wir hoffen, die Künstler noch öfter hier zu hören.

Javelstein, 22. Aug. Die hiesige Gemeindegagd wurde heute auf drei Jahre neu verpachtet. Der seitherige Pachtvertrag betrug jährlich 50 Mark, erzielt wurde nun 70 Millionen. Die Geldentwertung kommt hier kräftig zum Vorschein. Der glückliche Erzeuger ist ein Pforzheimer Fabrikant, dem die „Millionen“-Häfen hoffentlich gut schmecken werden.

(SCB) Wimsheim O. Leonberg, 22. Aug. Der Rohbau der hiesigen Turn- und Kriegergedächtnishalle wurde bei dem schrecklichen Unwetter am Samstag durch einen kalten Blizstrahl vollständig zerstört. Der Schaden ist groß und die fleißigen Turner müssen nun ihr schönes Werk von neuem beginnen.

(SCB) Stuttgart, 22. Aug. Das Auslandsamt der Technischen Hochschule in Stuttgart schreibt: Am 18. Aug. ereignete sich in einem Stuttgarter Lebensmittelgeschäft ein Vorfall, der umso peinlicher erscheinen muß, als er das Ansehen unseres Landes nach außen hin nicht gerade heben kann. Einer der in Stuttgart anlässlich einer großen Reise durch Deutschland weilenden ungarischen Studenten kaufte in dem Geschäft zwei Rauchaufhänger, die während er an der Kasse zahlte, von einem Diebe in die Tasche gesteckt wurden. Das Fräulein an der Kasse, das den Vorfall beobachtet hatte, zeigte dem Geschädigten auf seine mehrmalige Aufforderung hin den Dieb, dem der Ungar die Fische unter Schwierigkeiten und Wortwechsel abnahm. Die Haltung des Publikums war durchaus auf Seiten des Diebes, und die Stimmung gegen den Ausländer wuchs, als dieser in der Erregung dem Dieb mit Ohrfeigen drohte. Verwunderlich für den Ausländer mußte es wirken, wenn er bei diesem Vorfall auf die Straße gewiesen wird, der Dieb aber unbehelligt seine Einkäufe weiterbesorgte.

(SCB) Stuttgart, 22. Aug. Wie die kommunistische Süddeutsche Arbeiterzeitung berichtet, hat die Regierung auf Grund der Notverordnung den für 25. und 26. August in Aussicht genommenen kommunistischen Parteitag in Stuttgart verboten. Auch eine „Funktionärskonferenz“, die für 24. August einberufen war, wurde verboten.

(SCB) Heilbronn, 22. Aug. Die Arbeiter Hermann Berg und Martin Schultheiß, beide aus Fürtfeld, waren im Sägewerk Enhlen im Kleinäulein beschäftigt und hatten sich anscheinend etwas verspätet. Als sie nun an den Sülmertorbahnhof kamen, fanden sie die Schranken bereits geschlossen. Sie gingen daher, statt über den Steg, um ihren Zug nach Jagstfeld zu erreichen, von der Westseite auf den Bahnhof und wollten trotz des strengen Verbots die Geleise überschreiten, um dann über die Gleis-trennungsbarriere von der anderen Seite in ihren Zug einzusteigen. Im gleichen Augenblick kam der Zug von Neckarsulm um die Kurve. Der Lokomotivführer gab heftige Warnungszeichen. Es war aber schon zu spät. Beide wurden von der Maschine erfasst und zu Boden geschleudert. Schultheiß war sofort tot, Berg wurde schwer verletzt. Er liegt im Krankenhaus und es ist zu erwarten, daß er mit dem Leben davon kommen wird.

(SCB) Jagstfeld, 22. Aug. Wie berichtet, wurden in letzter Zeit einer hiesigen Pflegerin Wert- und sonstige Gegenstände in Höhe von 2,5 Millionen und außerdem 60 000 M gestohlen. Nun ist es gelungen, den Täter in Stuttgart zu ermitteln und festzunehmen. Er war noch im Besitz sämtlicher gestohlener Gegenstände. Das Bargeld war bereits verbraucht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar galt gestern in Berlin 5 286 750 Geld, 5 315 280 Brief, in Frankfurt 5 336 000 Geld, 5 614 000 Br. Der Schweizer Franken 1 047 375 M, die schwedische Krone 1 506 225 M, der holländische Gulden 2 294 250 M, der italienische Lire 239 000, der französische Franc 229 175 M, das englische Pfund 25 593 750 M.

Maßnahmen gegen Devisenhinterziehung.

Berlin, 22. Aug. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat in letzter Zeit wiederholt in Rundschreiben an die Außenhandelsstellen und sonstigen beteiligten Stellen auf den Ernst der Devisenlage aufmerksam gemacht und dabei darauf hingewiesen, daß die Neigung zahlreicher Firmen, die ihnen obliegende Ablieferung der bei Ausfuhrgeschäften anfallenden Devisen zu verzögern, mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. Wie wir hören, werden bei den zuständigen Behörden weitere umfassende Vorbereitungen getroffen, alle diejenigen, die ihren — vielfach auch durch strafbare Verstöße gegen die Devisenverordnung erworbenen — Besitz an ausländischen Zahlungsmitteln (Wechseln, Schecks u. dergl.) zum Nachteil der deutschen Interessen und unter Vernachlässigung ihrer vaterländischen Pflichten weiter zurückhalten, ehestens der Bestrafung zuzuführen. Im Augenblick ist es nicht zu verantworten, daß Firmen und Einzelpersonen aus Eigenruß fremde Zahlungsmittel (Wechsel, Schecks usw.) zurückhalten; sie begehen ein Verbrechen an unserem Lande. Es ist daher Pflicht eines jeden Einzelnen gegenüber der Volksgemeinschaft, schnellstens seine im Ausland stehenden Guthaben hereinzuholen und alle zur Deckung von Zah-

lungsverpflichtungen nach dem Ausland während der nächsten drei Wochen nicht unbedingt benötigten Devisen unverzüglich an die Reichsbank abzuliefern oder dort, wo es sich nicht um im Ausfuhrgeschäft erhaltene Devisen handelt, einer inländischen, als Devisenbank anerkannten Privatbank zuzuführen. Die jetzt bei allen Banken zur Zeichnung ausliegende Goldanleihe bietet einen vollwertigen Ersatz für die bisher im Devisenbesitz gesuchte wertbeständige Anlage.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(SCB.) Stuttgart, 22. Aug. Bei einem Dollar von 5,286 Millionen war die Tendenz an der heutigen Börse teilweise leicht abgeschwächt, weil man die bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Devisenmarkt noch nicht kennt oder in ihrer vollen Tragweite noch nicht übersehen. Auch die ungünstige innere Wirtschaftslage und die zunehmende Stilllegung industrieller Werke, zunächst noch kleinen Umfangs, haben die Spekulation nachdenklich gestimmt. Dann aber brach die alte Hauffetendenz durch und gestaltete den Schluß ziemlich fest, was in der Hauptsache auf das ziemlich geringfügig zur Verfügung stehende Material zurückzuführen war. Auf dem Bankenmarkt war die Meinung geteilt, Hypotheken zogen um 100 auf 1000 an, Vereinsbank gab um 400 auf 1600 nach. Von Braueraktien waren höher Ravensburg 1000 (3000), Eßlingen 500 (3000), Kettensmayer 500 (3000), Rottweil 500 (1500), Württ. Hohenz. 1500 (4000). Unter den Textaktien zogen an Bietigheim 1000 (16 000), Ferse 2000 (10 000), Kotteln 2000 (11 000), Ruchen 1000 (8000), Filz 2000 (12 000), wogegen nachgaben Kolb-Schüle 1000 (5000), Erlangen 1000 (4500), Eßlingen 2000 (8000). Unter den Metall- und Maschinenaktien überwiegen die Kurserhöhungen gleichfalls, Hohner 2000 (16 000), Jungmans 1300 (4500), Koch 100 (7000), Laupheim 2000 (11 000), Metallwaren 2000 (12 000), niedriger Daimler 300 (1800), Tuttlingen 1500 (13 000), Rön-Rottweil 500 (6000), Eßlingen 200 (3800), Hefler 300 (2600), Weingarten 1000 (7500). Von sonstigem Papier sind noch als höher zu erwähnen Bremen-Bietigheim 500 (8500), Zement Heidelberg 500 (5500), Kaiser Otto 600 (2800), Knorr 500 (3000), Leibbrand 200 (1400), Alt-Württemberg 1800 (5000), Krumm 200 (2200), Neckarwerke 100 (1600), Salz Heilbronn 5000 (30 000), Wachenheim 500 (4500), Vereinsbruderei 400 (3400), Bäckermühle gaben 500 (4500) nach. Im Freiverkehr waren Fichtelgold stark gesucht und erreichten ihren Kurs von 600 wieder.

Märkte.

(SCB) Ellwangen, 22. Aug. (Viehmarkt.) Der Markt war befahren mit 120 Ochsen, 80 Stieren, 110 Kühen, 120 Stück Jungvieh und 25 Rälbern. Es gab ein lebhaftes Geschäft. Bezahlt wurde für ein Paar Ochsen mit 26,5 Zentner 1,3 Milliarden, 1 Paar mit 30 Ztr. 1,8 Milliarden, 1 Stier mit 11 Ztr. 572 Millionen, 1 Stier mit 9 Ztr. 486 Mill., 1 Kuh mit 9 Ztr. 450 Mill., 1 Kalbel mit 8,5 Ztr. 442 Mill., Kühe in Milch erlösten 600 bis 1000 Millionen.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Devisen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Anschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtliche Bekanntmachung.

Für den Monat Juli ds. Js. sind auf den Kopf der bezugsberechtigten Bevölkerung

1000 Gramm Verbrauchszucker
und außerdem noch

500 Gramm Einmachzucker

zugewiesen worden. Zuckermarkte 10 wird daher mit 1500 Gramm bewertet. Der Kleinverkaufspreis incl. Fracht und zugleich Höchstpreis, welcher nicht überschritten werden darf, beträgt für

1 Pfund Kristallzucker Mark 18 000.—
1 Pfund Sandzucker Mark 18 500.—

Die Abholung des Zuckers durch die Kleinändler hat bis spätestens 25. August, die Einlösung der Zuckermarkte 10 durch die Bezugsberechtigten bis 31. August 1923 zu erfolgen. Nach dieser Zeit erlischt der Anspruch darauf.

Calw, den 18. August 1923.

Kommunalverband: Amtmann Bögel, A.-B.

Ich habe im Forstamtsbezirk Hirsau Waldteil Altesleig zirka **50 Festmtr. Stammholz an den Bahnhof Hirsau beizuführen.**

Suhrunternehmer, welche die Beifuhr sofort aufnehmen können, wollen äußerste Preise per Festmeter verlangen und erbittet solche

Fr. Schur, Edelweiler, D.-A. Freudenstadt.
NB. Das Holz lagert ja. 2 Km. vom Bahnhof entfernt. D. D.

20 tüchtige Maurer

für den Straßenbau Unterreichenbach—Schönbronn gesucht.

Neidungen auf der Baustelle.

Theodor Geiger, Bauunternehmung, Pforzheim.

Bad Teinach, den 22. August 1923.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und dem Hinscheiden meiner lieben Frau und Mutter

Sophanna Weitbrecht, †
geb. Dittus

sowie für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Gutbrod am Grabe und für den erhebenden Gesang durch Herrn Hauptlehrer Rehm mit seinen Schülern sage ich hiemit meinen herzlichsten Dank

Johannes Weitbrecht mit seinen 2 Kindern.

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW



Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Forstamt Hirsau.

Schichtungholz-Berkauf

am Donnerstag, 30. August nachmittags 4 Uhr in Hirsau im „Eden“ aus Staatswald Miß und Kohlplatte: Fo. Koller unentriindet, 48 Am. 2 Mtr. lang, 23 Cm. 1 Mtr. lang. Losverzeichnisse von der Forstdirektion O. f. H. Stuttgart.

Gesucht werden

10 Hilfsarbeiterinnen

17—22 Jahre alt.

Näheres

Bezirksarbeitsamt.

Jüngerer

Mädchen

gesucht.

Eintritt Ende September.

Frau Dr. Pfeifflicher.

Haushälterin

gesucht für alten, rüstigen Herrn auf einige Monate. Eintritt 1. September. Angebote mit Empfehlungen an Stadtpfarrer a. D. Weitbrecht, Liebenzell.

Suche einen guterhaltenen

Kleiderkasten

tausche evtl. geg. Weizen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Getreidemühlengenossenschaft Althengstett e. G. m. b. H.

Wegen Instandsetzungsarbeiten ist die Mühle am nächsten Freitag und Samstag geschlossen

so daß erst am Montag, den 27. August 1923, Frucht wieder angeführt werden kann.

Vorsitzender: Braun.

Neue Fahrpläne

für den Oberamtsbezirk Calw sind auf der Geschäftsstelle ds. Blattes erhältlich, das Stück zu Mk. 4000.—.

Abzugeben nur gegen Lebensmittel.

Eine ältere

Bettlade

mit Koff, Unterbett und Haipfel, alles sehr gut erhalten, sowie ein bereits noch neues, braunes, schwarzes

Rammgarnkleid

für schlanke Figur. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Geschliffenen

Spiegel

80/50, sowie guten dunklen

Anzug

tauscht gegen Gerste, Haber oder Weizen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland